

Lebendige Kommunen – soziale Kommunen – für eine starke kommunalpolitische LINKE

Am 25. Mai 2014 werden im Saarland die Kommunalparlamente gewählt. 2009 errang DIE LINKE landesweit über 200 kommunale Mandate und war fast flächendeckend in den Parlamenten auf allen Ebenen vertreten.

Ziel der Linken ist es, an diese Wahlerfolge des Jahres 2009 anzuknüpfen und flächendeckend vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Interessensvertreter und Ansprechpartner zu sein. Für uns LINKE ist Kommunalpolitik kein Selbstzweck, sondern die wichtigste politische Aufgabe im Land.

DIE LINKE. Saar bedankt sich bei allen bisherigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für ihre geleistete Arbeit. Unter oft nicht einfachen politischen Arbeitsbedingungen haben diese Parteimitglieder dafür gesorgt, dass DIE LINKE vor Ort ein Gesicht und einen Namen hat.

Landesparteitag und Landesvorstand erklären:

- dass der neue Landesvorstand in enger Zusammenarbeit mit den Kreisvorständen dafür Sorge trägt und die notwendigen Voraussetzungen schafft, dass DIE LINKE wieder in allen sechs Kreisverbänden Kandidatenlisten aufstellt und einreicht,
- dass den Orts-/Stadt- und Gemeindeverbänden die notwendige politische und organisatorische Unterstützung bei den Listenaufstellungen und dem Kommunalwahlkampf gewährt wird,
- dass spätestens nach der Kommunalwahl geeignete landesweite Strukturen aufgebaut werden, damit sich die Kommunalpolitikerinnen und -politiker vernetzen und zusammen arbeiten können.

Ziel der LINKE ist es auch, die politische Arbeit in den Kommunalparlamenten stärker an die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler zu koppeln. Dazu gehören folgende Forderungen:

1. Die Bundes- und Landespolitik muss die Kommunen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite eine Schuldenbremse beschlossen wird und Aufgaben an die Kommunen übertragen werden, die notwendigen finanziellen Mittel aber nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Sozialpolitik ist und bleibt Kernthema linker Kommunalpolitik. Menschen in Not muss geholfen werden, Sozialpässe und Ermäßigungen für Menschen ohne oder mit niedrigem Einkommen müssen landesweit eingeführt und umgesetzt werden.
3. DIE LINKE ist strikt gegen jede Privatisierung öffentlichen Eigentums. Stattdessen muss ernsthaft geprüft werden, wo bereits verkauftes Eigentum zurück erworben werden kann und wo andere, moderne Eigentumsformen wie zum Beispiel Genossenschaften öffentliche Aufgaben übernehmen können.

4. DIE LINKE lehnt Gebührenerhöhungen ab, wenn Menschen mit niedrigen Einkommen davon besonders betroffen sind. Die Verschuldung vieler Kommunen lässt sich nur durch eine Umverteilung von oben nach unten und eine gerechte Finanzpolitik zwischen Bund, Land und Kommunen lösen. Wir fordern eine sofortige Teilentschuldung der besonders verschuldeten Kommunen durch das Land.

5. Mehr Mitbestimmung vor Ort. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bei wichtigen kommunalpolitischen Projekten die Bürgerinnen und Bürger gefragt werden. Was in Ensdorf bei der Entscheidung um ein geplantes Großkraftwerk möglich war, muss landesweit bei Bau- und Verkehrsprojekten und bei Investitionen ebenfalls möglich werden, wenn dies durch die Anlieger gewünscht ist.

6. DIE LINKE fordert mehr Investitionen für die Mobilität. Es reicht nicht aus, eine Saarbahnlinie zu errichten. Der ÖPNV muss flächendeckend erhalten und ausgebaut werden. Die Fahrpreise im SaarVV dürfen nicht weiter ansteigen.

7. DIE LINKE fordert den landesweiten Ausbau des schnellen Internets. Das Internet muss auch in ländlichen und abgelegenen Gebieten leistungsfähig ausgebaut werden, damit diese Standortnachteile endlich beseitigt werden.

8. DIE LINKE begrüßt es, dass auf Grund des Rechtsausspruchs auf einen KITA-Platz diese ausgebaut und erweitert werden. Es muss aber sichergestellt sein, dass ausreichend finanzielle Mittel für den Betrieb der Einrichtungen den Kommunen zur Verfügung stehen und die KITA-Plätze bezahlbar bleiben.

9. DIE LINKE fordert die Umsetzung des neuen Pflegebegriffs. Kognitive und/oder psychische Einschränkungen ebenso wie körperliche sind zu erfassen. Demenzerkrankungen sind in die Pflegeversicherung einzubeziehen.

10. Die sogenannte Schuldenbremse darf nicht zu Lasten der Vereine gehen. Im Saarland ist das Vereinsleben besonders gut ausgeprägt. Kürzungen in den Kommunalhaushalten haben zur Folge, dass zuerst bei den freiwilligen Leistungen, und hier besonders bei den Zuschüssen für die Vereine gespart wird. Als LINKE lehnen wir dies ab. Es ist ein Widerspruch, ständig das Ehrenamt zu loben und zu hofieren, aber gleichzeitig den Vereinen den Geldhahn zuzudrehen.

DIE LINKE hat sowohl im Bund als auch im Landtag die Schuldenbremse abgelehnt. Auch wir sind nicht zufrieden damit, dass in der öffentlichen Hand die Verschuldung Ausmaße angenommen hat, die nicht mehr vertretbar sind. Aber durch Einsparen gerade bei den Kommunen lässt sich dieses Problem nicht ansatzweise lösen. Wir treten dafür ein, dass die Reichen und Vermögenden wieder gerecht und angemessen besteuert werden. Nur mit einer Umverteilung von oben nach unten können auch unsere Städte und Gemeinden wieder durchatmen. Dadurch entsteht auch wieder ein Gestaltungsspielraum für unsere Kommunalparlamente.

Einstimmiger Beschluss des Landesvorstandes der Saar-LINKEN vom 5. Dezember 2013, nachdem dies als Initiativ-Antrag vom Landesparteitag an den Landesvorstand überwiesen wurde.